



Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Pflegefachpersonen schützen

Die Bundesregierung plant schärfere Strafen bei Gewalt gegen medizinisches Personal und hat hierzu ein Maßnahmenpaket beschlossen. Das ist richtig so und muss auf weitere Bereiche der Pflege ausgeweitet werden, auch wenn der jetzige Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn konkret auf die Mitarbeiter in Notfallambulanzen abzielt. Diese sollen gegen Aggression von Patienten sowie deren Angehörigen geschützt werden.

Gewalt darf nicht geduldet werden. Die Arbeit von Pflegefachpersonen ist eine schwierige und erfordert sowohl körperlich als auch psychisch einen hohen Einsatz, häufig unter erschwerten Arbeitsbedingungen. Sie dient der Hilfe und sollte mit Wertschätzung und Respekt gewürdigt werden. Jedoch ist diese Arbeit zunehmend durch verbale und körperliche Aggressionen von Patienten und deren Angehörigen belastet. Jeder diesbezügliche Fall ist ein Fall zu viel.

Die Pflege in Deutschland benötigt Mitarbeiter, die ihren Beruf gerne und ohne jegliche Ängste ausüben. Hierfür stehen wir als Gesellschaft in der Verantwortung. Darauf hat der Deutsche Pflegerat bereits zu Beginn der Legislaturperiode hingewiesen und Maßnahmen zum Schutz der Pflegefachpersonen gefordert. In einem weiteren Schritt muss die nun beschlossene Regelung auf die Pflege auf Intensivstationen ausgeweitet werden.

Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOCUS

Franz Wagner hat Ehrendokortitel erhalten

Die Pflegewissenschaftliche Fakultät der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar (PTHV) hat im Rahmen eines Festaktes am 25. Oktober 2019 die Ehrendoktorwürde der Fakultät an Herrn Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), verliehen.

„Franz Wagner hat sich um die Entwicklung und Innovation der Pflege zum Wohle der zu Pflegenden und der Pflegenden national wie international außerordentlich verdient gemacht“, betonte Prof. Dr. Frank Weidner, Inhaber des Lehrstuhls Pflegewissenschaft der PTHV, in seiner Laudatio. Weidner weiter: „Herr Wagner hat sich auf vielfältige Art und Weise für die weitere Etablierung und Förderung der Pflegewissenschaft und -forschung sowie für die Akademisierung der Pflege in Deutschland eingesetzt.“

Erst zum zweiten Mal hat die Pflegewissenschaftliche Fakultät damit die Ehrendoktorwürde verliehen. 2015 wurde Dr. h.c. Sr. M. Basina Kloos für ihre Verdienste um die Pflege und die Pflegewissenschaft von der Pflegewissenschaftlichen Fakultät der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar geehrt.

Die Ratsversammlung und das Präsidium sowie das Team der Geschäftsstelle des Deutschen Pflegerats gratulieren ihrem Präsidenten von ganzem Herzen und freuen sich über die großartige Ehreung.

Irene Maier
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

Ausbildungskampagne gestartet

„Mach Karriere als Mensch“

Um den Fachkräftebedarf in der Pflege in Zukunft decken zu können, hat das Bundesfamilienministerium die „Ausbildungsoffensive Pflege“ ins Leben gerufen. Die dazugehörige bundesweite Informations- und Öffentlichkeitskampagne „Mach Karriere als Mensch!“ brachte Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey jetzt auf den Weg.

Die Kampagne soll den Beginn der neuen Pflegeausbildung nach dem Pflegeberufegesetz ab Anfang 2020 begleiten und im Ergebnis bis 2023 ein Plus von 10 % an mehr Auszubildenden in der Pflege ergeben. Dr. Franziska Giffey war sich dabei vor Ort sicher: „Die Pflege ist ein Zukunftsberuf. Die neue Ausbildung hat viele Vorteile und Chancen. Darauf wollen wir mit der Kampagne aufmerksam machen. Die Motive sind modern und auffällig und sollen vor allem Jugendliche erreichen, die gerade in der Berufsorientierungsphase sind. Ansprechen wollen wir aber genauso Menschen mit dem Wunsch

nach beruflicher Neuorientierung. Durch das neue Pflegeberufegesetz ab 2020 wird der Pflegeberuf noch attraktiver: Endlich wird das Schulgeld abgeschafft und überall in Deutschland eine angemessene Ausbildungsvergütung sichergestellt.

Mit der generalistischen Ausbildung können die Fachkräfte dann in allen Pflegebereichen von der Kinderkrankenpflege bis zur Altenpflege arbeiten. Und wer will, kann die Ausbildung als Studium absolvieren. Dafür wollen wir jetzt Menschen begeistern und gewinnen.“

Mit dabei in Berlin war auch der Bevollmächtigte der Bundesregierung für

Pflege, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, der betonte: „Mir fällt kein anderer Beruf ein, der so viel zu bieten hat“.

Neben der Kampagne hat das Bundesfamilienministerium beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) das Beratungsteam Pflege, das in ganz Deutschland in den Pflegeschulen und Pflegeeinrichtungen informiert und berät, auf 40 Personen aufgestockt.

Deutscher Pflegerat unterstützt die Kampagne

Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) unterstützt die Kampagne. Ziel muss es sein, mehr junge Menschen und Berufsumsteiger für den Zukunftsberuf Pflege zu begeistern. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die Kampagne einen wichtigen Meilenstein, den es zu nutzen gilt.

„Eine Schwalbe allein macht jedoch noch keinen Sommer“, wies DPR-Präsident Franz Wagner zum Start der Kam-



pagne hin. „Um Wirkung zu erreichen, braucht die Kampagne die Umsetzung weit über alle Pflegeeinrichtungen und Bildungsstätten Deutschlands hinaus. Vor allem die hunderttausenden Mitarbeiter in der Pflege sind wichtige Werbeträger für den Beruf.“ Um diese als Markenbotschafter für den Beruf zu gewinnen, seien flankierende Maßnahmen erforderlich, mit deren Hilfe die Rahmenbedingungen in den Pflegeberufen wieder stimmig gemacht werden, so Wagner weiter.

Die Kampagne soll vor allem Jugendliche erreichen, die in der Berufsorientierungsphase sind. Angesprochen werden auch Menschen mit dem Wunsch nach beruflicher Neuorientierung.

Mängelbehaftete Umsetzung der neuen Pflegeausbildung

Hinzu komme, dass die neue Pflegeausbildung noch längst nicht in allen Bun-

desländern so umgesetzt sei, dass sie erfolgreich an den Start gehen könne. Zu den Problemen zählen die Klärung von Finanzierungsaspekten genauso wie die Umsetzung der Bildungsinhalte an den Schulen und die Organisation in den Ausbildungsstätten der Pflege vor Ort, bis hin zu einer besseren Regelung der berufsbegleitenden Ausbildung, weist der Deutsche Pflegerat hin. Wagner: „Nur wenn diese Baustellen seitens der Politik im Bund und in den Ländern, der Verbände, der Arbeitgeber sowie auch

der Kostenträger geschlossen werden können, kann es gelingen, der Pflege den hohen Wert zu geben, den sie verdient und nötig hat.

Die Kampagne setzt mit den richtigen Materialien und Instrumenten insgesamt an den richtigen Stellen an. Jetzt braucht sie noch den Betriebsstoff, der die Begeisterung aufrechterhält.“ Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey machte deutlich: „Ohne Power werden wir es nicht schaffen.“ Gemeint sind dabei mehr Auszubildende in der Pflege.

Kampagnenmotive in der Übersicht

Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Pflegeschulen erhalten im Rahmen der Kampagne Starterpakete mit Materialien und Informationen, die auch über die Homepage www.pflegeausbildung.net heruntergeladen werden können. Die Kampagnenmotive reichen dabei von „Mehr echte Likes gibt's nirgends“ bis zu „Anerkannt und wertgeschätzt“.

deutscher-pflegerat.de
bmfsfj.de

DEUTSCHER BUNDESTAG

Neues Gesetz zu Löhnen

Der Deutsche Bundestag hat abschließend das Pflegegehälterverbesserungsgesetz verabschiedet. Hierzu betonte die Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), Irene Maier: „Es besteht dringender Handlungsbedarf für einen gerechteren Lohn in der Langzeitpflege, aber auch für eine flächendeckende tarifliche Entlohnung in allen Sektoren der pflegerischen Versorgung. Das ist in der Gesellschaft allgemein akzeptiert. Einem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag in der Langzeitpflege steht aus Sicht des Deutschen Pflegerats nichts entgegen. Berücksichtigen müsste dieser regionale Unterschiede und weitere Besonderheiten.“

Inakzeptables Lohngefälle abbauen

Das gravierende Lohngefälle zwischen den Sektoren sowie den Regionen müsse abgebaut werden, so Maier weiter. Nicht nachvollziehbar und angesichts der künftigen weitgehend einheitlichen Ausbildung inakzeptabel seien Entgeltab-

weichungen von monatlich bis zu 670 Euro zwischen der Langzeitpflege und der Pflege im Krankenhaus. „Eine gerechte Entlohnung ist ein wesentliches Element der Verbesserung der Attraktivität des Berufes. Die dafür notwendige Refinanzierung muss sichergestellt werden.“ Der Deutsche Pflegerat fordert dazu auf, alle Maßnahmen zur Verbesserung der Lohnsituation umgehend zu nutzen. Eine Alternative könnte dabei die Pflegekommission sein, wie sie jetzt neu strukturiert werden soll. Die Aufgabe der Kommission liegt in der Festlegung von Mindestlöhnen für die Pflegebranche, künftig auch für Pflegefachpersonen sowie von Mindestarbeitsbedingungen. Ob es dadurch für die Mehrheit der Pflegefachpersonen zu Lohnsteigerungen kommen wird, ist jedoch aus Sicht des Deutschen Pflegerats fraglich.

Kostenträger in der Pflicht

„In der Hand haben es bereits heute die Kostenträger von Kranken- und Pflegekassen sowie die der Sozialhilfeträger. Sie sollten bundesweit endlich für faire Vergütungsverhandlungen und angemessene

Vergütungsabschlüsse sorgen, die die Bezahlung eines gerechten Lohns ermöglichen“, forderte Maier. Hierzu gehöre auch eine Zahlung von Zuschlägen für Wochenendarbeit, in der Nacht sowie an Feiertagen, die weit über eine tarifliche Regelung hinausgeht. An Wochenenden sollte dieser Zuschlag 100 bis 150 % betragen. Damit würde den in der Pflege Tätigen ein Ausgleich für die belastenden ungünstigen Arbeitszeiten und die damit einhergehende schlechte Work-Life-Balance geboten werden.

Zudem dürfe nicht Halt machen vor weiteren Überlegungen, weist der Deutsche Pflegerat hin. Sofort umgesetzt werden könnte beispielsweise die Einführung eines Steuerfreibetrags für professionell Pflegenden am Bett. Das würde zugleich auch zu keinen weiteren finanziellen Belastungen der Pflegebedürftigen oder deren Angehörigen führen.

deutscher-pflegerat.de

AKTUELL

**Falschmeldungen zum
Pflegerberufegesetz**

In den letzten Wochen gibt es immer wieder Vorstöße, die die Kompetenzen künftiger Pflegefachfrauen und -männer in Frage stellen. So „begrüßte“ die GKinD die angebliche „Klarstellung“, dass in Zukunft ausschließlich der Abschluss der Kinderkrankenpflege nach dem Pflegeberufegesetz zur Anrechnung der erforderlichen Qualifikationen in den Perinatalzentren der Stufe 1 und 2 gelten würde. Darüber wird hergeleitet, dass Ausbildungsangebote mit dem Abschluss „Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in“ unbedingt zu erhalten seien.

„Eine solche einseitige Auslegung des Pflegeberufegesetzes ist schlichtweg falsch“, macht Christine Vogler, Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), klar. „Die generalistische Grundausbildung qualifiziert grundsätzlich für alle Bereiche pflegerischer Arbeit. Um eine attraktive Pflegeausbildung zu etablieren, benötigen wir das Bewusstsein bei allen Verantwortlichen, Trägern und Verbänden, dass eine Grundausbildung Kernkompetenzen für alle Versorgungsgebiete vermittelt, fachliche Vertiefungen im Rahmen von (Zusatz-)Qualifizierungen und Traineeprogrammen zu erfolgen haben und fachlich engführende, international nicht anerkannte Abschlüsse abzulehnen sind.“

Der DPR wird Vorschläge vorlegen, wie die neuen Berufsabschlüsse in den Qualitätssicherungs-Richtlinie Früh- und Reifgeborene des G-BA adäquat abgebildet werden können.

deutscher-pflegerat.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegerPositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Umfrage des DBfK

**Teilzeit = Ressource bei
Fachkräftemangel?**

Große Hoffnungen der Politik zur Linderung des Pflegefachpersonalmangels ruhen auf der hohen Teilzeitquote in den Pflegeberufen. Aber ob die Formel „Teilzeit = Ressource bei Fachkräftemangel“ aufgeht, bleibt fraglich.

Durch Aufstocken ihrer Arbeitszeit könnten Teilzeitbeschäftigte eine positive Wende bewirken. Diesem Wunsch folgt auch die sogenannte #PflegeComeBack Studie der PAUL HARTMANN AG, durchgeführt vom Institut Psyma Health & CARE (2018). In dem in einer kleinen Stichprobe erhobenen Stimmungsbild wird die Zahl potenzieller Rückkehrer bei 120.000 bis 200.000 Personen geschätzt. Voraussetzung dafür sei, dass sich die Strukturen und Arbeitsbedingungen in der Pflege ändern. Und: Diese positive Veränderungen müssen sichtbar werden.

Umfrage des DBfK schafft Klarheit

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK) ist der Frage nachgegangen, ob die Erhöhung der Arbeitszeit tatsächlich eine kurzfristige Option gegen den Fachkräftemangel ist. Die Ergebnisse einer Online-Umfrage vom Juni/Juli 2019 wurden jetzt veröffentlicht. Gefragt wurde dabei u.a. warum so viele professionell Pflegende in Teilzeit arbeiten und wie sich die Teilzeit in Pflegeeinrichtungen in den letzten Jahren entwickelt hat. Und ob – insbesondere vor dem Hintergrund des „Pflege-Sofortprogramms“ und den Vorhaben der „Konzertierten Aktion Pflege“ – die Hoffnung begründet ist, dass sich Pflegende in Teilzeit zum Aufstocken ihrer Arbeitszeit motivieren lassen?

Kein Grund zur Euphorie

„Das sind ganz wichtige Fragen, denn Teilzeitmitarbeiter sind die einzige kurz-

fristig verfügbare Ressource zur Linderung des zunehmenden Pflegefachpersonalmangels“, weist DBfK-Präsidentin Prof. Christel Bienstein zur Umfrage hin. „Die Umfrage zeigt allerdings deutlich, dass es keinen Grund zur Euphorie geben kann. Hauptgrund für die hohe Teilzeitquote ist eindeutig die zu hohe Belastung im Beruf. Die Pflegefachpersonen in Teilzeit sagen deshalb mit großer Mehrheit NEIN zu längeren Wochenarbeitszeiten – unter den heutigen Bedingungen“, fasst Bienstein das Ergebnis zusammen.

Allerdings zeige die Umfrage auch, dass sie sich womöglich umstimmen ließen, wenn die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden – und zwar glaubwürdig und nachhaltig, so Bienstein. Die Forderungen der Pflegefachpersonen für eine mögliche Rückkehr an die Arbeitgeber seien mehr Kolleginnen und Kollegen, verlässliche Dienstpläne, kein Einspringen/Holen aus dem Frei, höhere Löhne, gelebte Wertschätzung und bessere Führung.

Teilzeit = Ressource bei Fachkräftemangel? Dass diese Gleichung zumindest unter den bestehenden Arbeitsbedingungen nicht aufgehen wird, das haben die Teilzeitbeschäftigten unmissverständlich mitgeteilt“, so die DBfK-Präsidentin.

An der Befragung haben knapp 2.000 beruflich Pflegende teilgenommen, davon 1.366 Beschäftigte in Teilzeit.

dbfk.de